

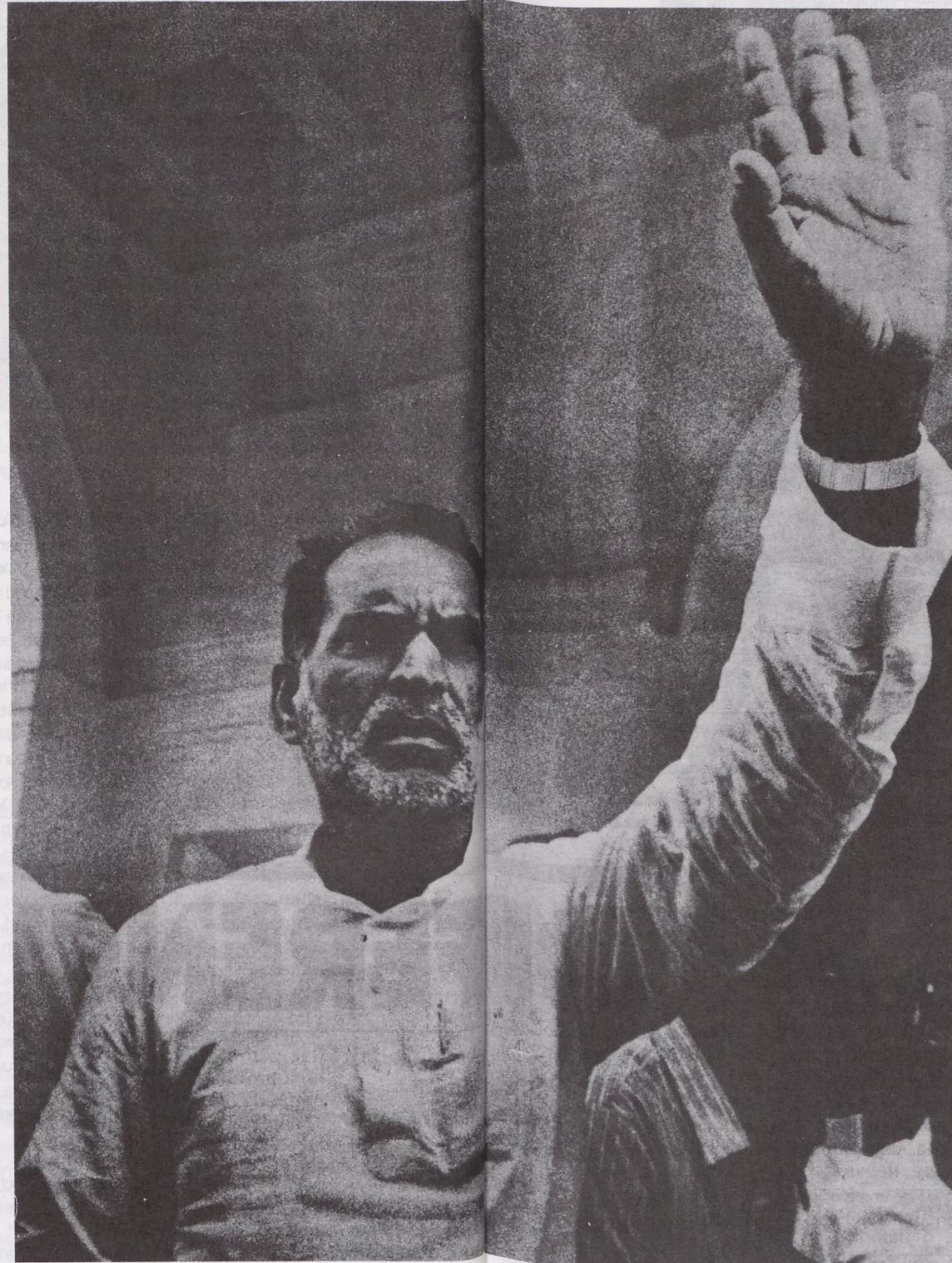


KOMMENTAR: Der Fall des Premierministers Chandra Shekhar ist Singhs Nachfolger

Die Amtszeit V.P. Singhs als indischer Premierminister ist nach nicht ganz einem Jahr zu Ende gegangen. Die schwerste Krise, die Indien seit seiner Unabhängigkeit derzeit durchläuft, hat der adlige Rajput aus dem Bundesstaat Uttar Pradesh, seit langem Schauplatz des unsäglichen Streits zwischen fundamentalistischen Hindus und Moslems um Moschee oder Hindutempel, nicht in den Griff bekommen. Und einen weiteren, die indische Gesellschaft spaltenden Konflikt, hat er vor einigen Wochen selbst vom Zaune gebrochen. Mit seiner Ankündigung, die Ergebnisse der sogenannten Mandal-Kommission, die bereits seit 10 Jahren in den Schubladen der Bürokraten schlummern, umzusetzen und den in Indien als 'rückständig' geltenden Kasten-gruppierungen Quoten für Regierungsjobs einzuräumen, hat sich der Premier gerade bei Indiens einflußreicher Mittelschicht und den Angehörigen der sogenannten 'forward castes' unbeliebt gemacht. Vor allem diese Gesellschaftsgruppen waren es, die vor einem Jahr genug von der korrupten Regierung Rajiv Gandhi hatten und in Singh den moralisch integren und erfahrenen Politiker sahen. Gerade sie räumten Singh zu Beginn seiner Amtszeit als politischem 'Saubermann' einen großen Vertrauensbonus ein. Aber nach knapp einem Jahr hatte Singh verspielt: Nicht nur bei der Intelligenzia und der Mittelklasse, sondern auch bei Studenten, Städtern und bei der Landbevölkerung, die sich in Slogans und Graffiti gegen ihn wandten.

Zugegebenermaßen: Die Ausgangsbedingungen für V.P. Singh in einem Indien, daß nicht mehr das von Mahatma Gandhi und Jawarhalal Nehru ist, waren denkbar ungünstig, weil ihm Rajiv Gandhi und seine Mutter Indira ein schwieriges Erbe hinterließen. Wo man derzeit auch hinschaut: Überall 'brennt' es lichterloh. Sesessions- und Bandenkriege im Punjab gehen nach anfänglichen Erfolgen Singhs unvermindert weiter. Militärische Auseinandersetzungen in Kashmir und neue Unruhen im östlichen Bundesstaat Assam, der seit Ende November von Delhi aus regiert wird, weil die Aktivitäten der mittlerweile verbotenen separatistischen 'United Liberation Front of Assam' (ULFA) ständig zunehmen, sind nur einige Beispiele für die explosive Lage auf dem Subkontinent. Gepaart mit der steigenden Marginalisierung der Massen, an denen der wirtschaftliche Aufschwung weiter vorbeigeht, einer wachsenden Auslandsverschuldung, die schon über 100 Milliarden Mark ausmacht sowie dem Zerfall der politischen Kultur in der vermeintlich größten Demokratie der Welt, setzt sich der Zerfall des 850 Millionen Staat scheinbar unaufhaltsam fort.

War es vor den Parlamentswahlen im letzten Jahr Singhs Verdienst, die gespaltene Opposition des Landes als Block gegen die 'Congress-Partei' Rajiv Gandhis zu stellen, so ist er letztlich an diesem breiten Bündnis gescheitert, das die politische Achillesferse für den Premier darstellte. Singhs 'Janata Dal' stellte - bis zu ihrer Spaltung - initiiert durch den abtrünnigen Chandra Shekhar, Indiens neuem Premierminister - nur etwa 27 Prozent der Abgeordneten in der insgesamt 543 Sitze zählenden Lok Sabha, dem indischen Parlament. Angewiesen



Der neue Premier Chandra Shekhar (Foto: Illustrated Weekly)

war er deshalb auf die Stimmen der Kommunisten und die Unterstützung durch die hindu-chauvinistische 'Bharatiya Janata Party' (BJP) - Mitinitiatorin der von radikalen Hindus angezettelten Agitationen gegen die Moschee in Ayodya. Zu Beginn seiner Amtszeit war Singh in der Lage, mit den Gegensätzen zwischen der Linken und der BJP fertig zu werden. Aber der Preis war hoch und bestand darin, den tatsächlichen Herausforderungen der Innenpolitik auszuweichen, ob nun die im Punjab, in Kashmir oder anderswo. Im Oktober war es dann die BJP, die wegen Ayodhya und der damit im Zusammenhang stehenden Verhaftung ihres Vorsitzenden Advani der Regierung jede weitere Unterstützung versagte. Die politische Demontage Singhs war eingeleitet, komplettiert wurde sie von Abtrünnigen seiner eigenen Partei.

Singh, der nach eigenen Aussagen ein Manager der Gegensätze und akzeptabel für einen Großteil der Gesellschaft sein wollte, fiel innerhalb kürzester Zeit als 'Manager', weil er faule Kompromisse machte und in das Fahrwasser der Politik der Sonderinteressen abglitt. Er war unfähig, mit den Herausforderungen umzugehen, die ihm sein ehemaliger Vize Devi Lal und der ambitionierte Chandra Shekhar bereiteten. Für andere begann der Niedergang Singhs schon mit der Art und Weise, wie er vor knapp einem Jahr von seiner Partei als Premierminister benannt wurde: Nämlich in allerletzter Minute und nur, weil er sich mit Devi Lal gegen den Widersacher Chandra Shekhar verschwor. Und dabei hatte er zuvor wiederholt geäußert, niemals das Amt des Premierministers annehmen zu wollen. Für seine Kritiker war er deshalb ein Heuchler, der nicht so prinzipientreu war, wie er andere glauben machen wollte.

Nach der Wahl von Chandra Shekhar zum indischen Premier ist Indiens Krise, die mittlerweile weit mehr als nur eine Regierungskrise ist, noch lange nicht beendet. Vorerst ist der neue Regierungschef mit seiner Splitterpartei - der Janata Dal (S), die nur über 60 Abgeordnete verfügt - vor allem auf die Unterstützung der Congress-Partei Rajiv Gandhis angewiesen, die mit 192 Abgeordneten immer noch stärkste Oppositionspartei im indischen Parlament ist. Aber "wie lange werden sich Gandhi und Shekhar gegenseitig anlächeln", fragt das indische Nachrichtenmagazin 'India Today', denn Gandhi hat selber wieder berechnete Ansprüche auf das Amt des Regierungschefs angemeldet. Nur weil ihm wegen innerparteilicher Streitigkeiten sowie der insgesamt chaotischen Situation im Land der jetzige Zeitpunkt zur erneuten Machtübernahme zu früh erscheint, wartet er auf den 'richtigen' Augenblick, um durch die Aufkündigung seiner Unterstützung für Shekhars Minderheitenregierung den Weg für Neuwahlen frei zu machen. Und deren Ergebnis kann schon jetzt vorausgesagt werden. Der neue indische Premier dürfte Rajiv Gandhi heißen. Ob er dann in der Lage sein wird, das Land zu Stabilität und Einheit zurückzuführen, muß allerdings bezweifelt werden.

Walter Keller